



Standard Eurobarometer 80

**DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION
Herbst 2013**

NATIONALER BERICHT

DEUTSCHLAND

Durchgeführt im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation und auch von dieser koordiniert.

Dieser Bericht wurde für die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland verfasst.

Dieses Dokument repräsentiert nicht die Sichtweise der Europäischen Kommission.
Die darin enthaltenen Interpretationen und Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard Eurobarometer 80 / Herbst 2013 – TNS Opinion & Social

Inhalt

1. Einleitung	2
2. Deutschland und die Europäische Union aus der Sicht der Bürger	2
3. Ziele und Aufgaben der EU	4
4. Wege aus der Krise: Die EU als Akteur in der Wirtschafts- und Finanzkrise	8

1. Einleitung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist nach wie vor ein bestimmendes Thema in Europa. Deutsche wie Europäer zeigen sich allerdings immer zuversichtlicher, dass das Schlimmste vorbei ist und glauben sogar, dass die Europäische Union aus der Krise gestärkt hervorgehen wird.

Das vorliegende Eurobarometer 80.1 vom Spätherbst 2013 legt seinen Schwerpunkt auf allgemeine Einschätzungen der Bürger, fragt aber auch ganz konkrete Zielsetzungen für eine zukünftige Politik in Europa für mehr Wachstum, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit ab. Dabei werden die Bürger zu ihrer Meinung zur Strategie „Europa 2020“ genauso befragt wie zu ganz spezifischen Maßnahmen zur Verhinderung zukünftiger Wirtschafts- und Finanzkrisen.

Die Befragungen wurden zwischen dem 2. und 17. November 2013 in den 28 Mitgliedstaaten der EU, den fünf Kandidatenländern Türkei, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Island, Serbien und Montenegro sowie der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt.

2. Deutschland und die Europäische Union aus der Sicht der Bürger

Historisch sind die Deutschen besonders sensibilisiert für Gefahren für die Geldwertstabilität. Trotz niedriger Inflationsrate in Deutschland¹, halten 25% (+1 Pp) der Deutschen Preissteigerungen für das **wichtigste Problem Deutschlands derzeit**.² Vor allem die Ostdeutschen fürchten sich vor steigenden Preisen (36%, +4 Pp), während in Westdeutschland die Besorgnis wesentlich geringer ist (22%, +/-0 Pp). Europaweit fürchten 20% (+/-0 Pp), dass es zu Inflation kommen könnte. Für die Deutschen ist die Staatsverschuldung das zweitwichtigste Problem Deutschlands, allerdings mit abnehmender Tendenz (23%, -6 Pp). Für die Europäer insgesamt spielen die Staatsschulden keine so zentrale Rolle wie für die Deutschen (14%, -1 Pp). Europaweit ist das wichtigste Problem ganz klar die hohe Arbeitslosigkeit (49%, -2 Pp).

Für die befragten Deutschen ist das **wichtigste Problem der EU**³ der Zustand der Staatsfinanzen ihrer Mitglieder (43%, -6 Pp), gefolgt von der wirtschaftlichen Situation (37%, -5 Pp). Europaweit macht die wirtschaftliche Situation Europas 45% (-3 Pp) am meisten Sorgen, gefolgt von der hohen Arbeitslosigkeit (36%, -2 Pp).

Deutschland selbst sehen immerhin 40% (+/-0 Pp) der Befragten auf einem guten Weg.⁴ 30% (+/-0 Pp) der Befragten allerdings sind nicht dieser Meinung. Europaweit herrscht momentan eine pessimistische Einschätzung der Lage vor: Eine klare Mehrheit der Befragten (56%, +/- 0 Pp) glauben, dass die allgemeine Entwicklung im Moment in ihrem eigenen Land negativ ist.

¹ Vgl. z.B.: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1045/umfrage/inflationsrate-in-deutschland-veraenderung-des-verbraucherpreisindex-zum-vorjahresmonat/>. Zum Zeitpunkt der Befragung im November 2013 lag die Inflationsrate in Deutschland bei 1,3%.

² QA4a: Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen Deutschland derzeit gegenübersteht?

³ QA6: Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?

⁴ QA9: Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in Deutschland derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? Und in der Europäischen Union?

Gefragt, wie es um die **Entwicklung in Europa** steht, sind die Deutschen zurückhaltender, allerdings mit leicht ansteigender optimistischer Tendenz. Ein Viertel der Befragten (25%, +2 Pp) glauben, dass die EU auf dem richtigen Weg ist. 43% (-2 Pp) glauben dies nicht. Auch europaweit herrscht noch Skepsis vor. Immer noch glauben 47% (-2 Pp), dass sich die allgemeine Lage der Europäischen Union verschlechtert. Der Anteil der Befragten, die mit der Entwicklung zufrieden sind, steigt allerdings auch europaweit leicht an, von 23% auf 26%.

In den letzten Jahren wurden die Teilnehmer der Studie immer wieder gefragt, **was sie mit der Europäischen Union assoziieren**.⁵ Nach wie vor bedeutet die EU für die Deutschen vor allem die Möglichkeit, sich frei in Europa zu bewegen und zwar als Tourist genauso wie als Student oder Arbeitnehmer (54%, +4 Pp). An zweiter Stelle steht die EU für die gemeinsame Währung, den Euro (46%, +/-0 Pp), darauf folgt gleich die historische Leistung, den Kontinent dauerhaft befriedet zu haben (45%, +1 Pp). Weiterhin verbinden die befragten Deutschen mit der EU kulturelle Vielfalt (29%, +2 Pp), Demokratie (26%, +1 Pp), wobei eine relative Mehrheit von 48% (+/-0 Pp) auch mit deren Funktionieren auf europäischer Ebene zufrieden ist, und schließlich eine stärkere Position in der Welt (20%, +3 Pp).

Allerdings steht die EU für die Befragten, wenn auch in allen Fällen mit abnehmender Tendenz, ebenso für Geldverschwendung (42%, -4 Pp), Bürokratie (40%, -3 Pp), Anstieg der Kriminalität (26%, -3 Pp) und nicht genug Grenzkontrollen (22%, -3 Pp).

Europaweit verbinden ebenfalls die meisten der Befragten die Freizügigkeit innerhalb der EU am häufigsten mit der Europäischen Union (43%, +1 Pp), an zweiter Stelle folgt der Euro als europäisches Identifikationssymbol (32%, -1 Pp), danach stehen Frieden (25%, +/-0 Pp), Demokratie und kulturelle Vielfalt mit jeweils 19% (+/-0 Pp), sowie eine stärkere Rolle in der Welt (17%, -1 Pp). Nur knapp ein Viertel der Befragten assoziiert mit der EU Geldverschwendung (27%, +/-0 Pp), nicht einmal jeder fünfte Befragte (19%, +/-0 Pp) denkt bei der EU an Arbeitslosigkeit oder zu laxen Grenzkontrollen (16%, -1 Pp). Einen Anstieg der Kriminalität assoziieren schließlich nur 13% (+/-0 Pp) mit der EU.

Rolle und Aufgabe der EU aus Sicht der Bürger

Die Bürger wurden aber auch nach ganz konkreten Wahrnehmungen gefragt, was die Rolle und die Bedeutung der Europäischen Union aus ihrer Sicht angeht.⁶ So glauben

- immerhin 40% (+2 Pp) der Deutschen und ebenfalls 40% (+3 Pp) der Europäer, dass die Europäische Union die Bedingungen in Europa für mehr Jobs schafft. Allerdings ist eine Mehrheit der Befragten in Deutschland (55%, -3 Pp) und Europa (52%, -4 Pp) der gegenteiligen Auffassung.
- Dass die EU für die gegenwärtige Sparpolitik verantwortlich ist, davon sind 60% (-3 Pp) der Deutschen und 63% (-1 Pp) der Europäer überzeugt.
- Eine Kernaufgabe der EU, der Handel im Binnenmarkt, wird von Deutschen wie Europäern insgesamt anerkannt: Die Europäische Union macht es einfacher, Geschäfte in Europa zu machen (DE: 81%, -2 Pp; EU: 62%, +/-0 Pp)

⁵ QA12: Was bedeutet die EU für Sie persönlich?

⁶ QA13: Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

- Dass die EU zu viel Bürokratie produziert, dieser Meinung sind 85% (-1 Pp) der Deutschen und 74% (+/-0 Pp) der Europäer.
- Gefragt, ob sie glauben, dass die Europäische Union fairer als zuvor aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgehen wird, antworten 32% (-4 Pp) der Deutschen und 37% (+/-0 Pp) der Europäer optimistisch und glauben, dass die Krise die EU fairer machen wird. Die Mehrheit der Befragten ist allerdings pessimistisch: 52% (+4 Pp) der Deutschen und 45% (+1 Pp) der Europäer glauben nicht, dass die Krise die EU fairer machen wird.
- Diese Einschätzung mag auch mit der als nächstes abgefragten Beobachtung zusammenhängen. 53% (+6 Pp) der Deutschen und 50% (+1 Pp) der Europäer glauben nicht, dass die Europäische Union dafür sorgen wird, dass der Finanzsektor einen gerechten Anteil an der Bewältigung der Krise schultern muss. Etwas mehr als jeder dritte Deutsche (36%, -6 Pp) und 34% (-1 Pp) der Europäer glauben daran, dass der Finanzsektor durch die EU angemessen an den Kosten der Krise beteiligt wird.
- Der Aussage, die EU würde dazu beitragen, die Lebenshaltungskosten zu senken, widersprechen 78% (-2 Pp) der Deutschen und 71% (+/-0 Pp) der Europäer.
- Allerdings stimmt eine Mehrheit der Deutschen (51%, -1 Pp) der Aussage zu, dass die Europäische Union die Lebensqualität in Europa verbessert. Europaweit unterstützen 43% (+/-0 Pp) diese Aussage. 49% (+/-0 Pp) sind davon allerdings nicht überzeugt.
- Ebenfalls positiv bewerten 62% (-3 Pp) der Deutschen und 55% (-2 Pp) der Europäer die Rolle der EU, wenn es darum geht, globale Bedrohungen und Herausforderungen anzugehen.
- 58% (-2 Pp) der Deutschen und 54% (-1 Pp) der Europäer glauben, dass die Europäische Union dazu beiträgt, ihre Bürger zu schützen.
- Eine große Mehrheit der Befragten in Deutschland (86%, +/-0 Pp) und Europa (81%, +1 Pp) glauben, dass die Europäische Union dringend eine klare Botschaft für sich selbst, ihre Ziele und Werte braucht.

Schließlich wurden die Bürger gefragt, **welcher EU-Einrichtung sie vertrauen**.⁷ Mit 41% (-3 Pp) Vertrauen steht das Europäische Parlament vor der Europäischen Zentralbank mit 37% (-3 Pp) und der Europäischen Kommission (34%, +/-0 Pp).

3. Ziele und Aufgaben der EU

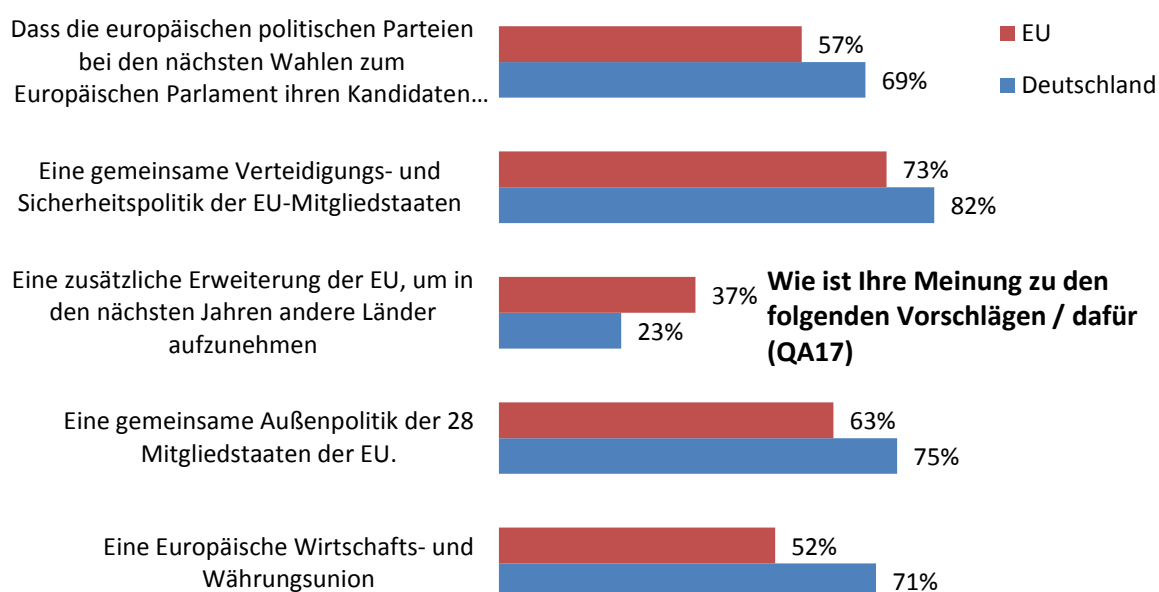
Die Bürger wurden im vorliegenden Bericht auch zu ihrer Meinung zu den verschiedenen Zielen der Beschäftigungs- und Wachstumsstrategie Europa 2020 befragt.⁸

- Eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, dem Euro, unterstützen nach wie vor die meisten Deutschen (71%, +5 Pp) und Europäer (52%, +1 Pp).

⁷ QA15: Und bitte sagen Sie mir nun für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

⁸ QA17: Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

- Ebenfalls eine breite Mehrheit von Deutschen (75%, +/-0 Pp) und Europäern (63%, -1 Pp) befürwortet eine gemeinsame Außenpolitik der 28 Mitgliedstaaten.
- Eine erneute Erweiterung der Europäischen Union um weitere Staaten lehnen Deutsche (69%, -6 Pp) und Europäer (52%, -1 Pp) ab.
- Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik befürwortet dagegen wiederum die Mehrheit der Deutschen (82%, +3 Pp) wie auch der Europäer (73%, -1 Pp).
- Für eine lebendigere Demokratie auf europäischer Ebene sprechen sich die meisten Deutschen wie auch Europäer aus: 69% (-2 Pp) der Deutschen und 57% (+1 Pp) der Europäer fänden es gut, wenn die europäischen politischen Parteien bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament einen eigenen Kandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten aufstellen würden.



Um Vorstellungen über die Zukunft der Europäischen Union entwickeln zu können, ist ein Verständnis ihrer Funktion und Struktur unabdingbar.

- 53% (-5 Pp) der Deutschen und 50% (-1 Pp) der Europäer glauben, dass sie wissen, wie die EU funktioniert.⁹

Die Akzeptanz der Europäischen Union bei ihren Bürgern hängt stark davon ab, ob sie ihre *Interessen in der EU gut vertreten sehen*:

- 61% (+3 Pp) der Deutschen sind überzeugt, dass die Interessen ihres Heimatlandes in der EU gut vertreten werden, europaweit sind davon lediglich 40% (+/-0 Pp) der Befragten überzeugt.
- Eine größer werdende Zahl der Deutschen (41%, +5 Pp) geht davon aus, dass ihre persönliche Stimme in der EU zählt, während europaweit gerade einmal 29% (+1 Pp) an das Gewicht ihrer eigenen Stimme glauben.

⁹ QA19a1: Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu.

- Während fast drei Viertel der befragten Deutschen (72%, +3 Pp) davon überzeugt sind, dass die eigene Stimme im eigenen Land zählt, das demokratische System also alles in allem zufriedenstellend funktioniert, glauben dies europaweit nur 47% (-3 Pp), während 50% (+3 Pp) nicht glauben, dass ihre Stimme in ihrem eigenen Land zählt. Besonders groß ist diese Enttäuschung in Griechenland (80%, -9 Pp), Italien (79%, +4 Pp), Zypern (77%, +8 Pp), Spanien (76%, +15 Pp), Litauen 76% (+3 Pp), Rumänien (74%, -2 Pp), Lettland (70%, +3 Pp), Portugal (66%, +3 Pp), Tschechien (63%, -6 Pp) und Estland (62%, +14 Pp).
- Dass die Stimme der Europäischen Union als Ganzes in der Welt Einfluss hat, glauben wiederum Deutsche (71%, -3 Pp) und Europäer 65% (-2 Pp) gleichermaßen.

Bedeutung der EU im Prozess der Globalisierung

Obwohl die Globalisierung riesige Vorteile und Chancen mit sich bringt, bedeutet dies auch, dass sich Europa gegen eine starke Konkurrenz aus Niedriglohnräumen wie China und Indien und Wirtschaftsräumen wie den USA behaupten muss.

Die Stellung Europas als Welthandelsblock, Überalterung der Bevölkerung und die Bewältigung der Migration stellen Europa vor erhebliche Herausforderungen, auf die die EU eine politische Antwort finden muss.

- Deutsche (69%, +/-0 Pp) wie Europäer (52%, +/-0 Pp) sind davon überzeugt, dass die Globalisierung eine Gelegenheit zu wirtschaftlichem Wachstum darstellt.
- Nur wenige Deutsche (18%, -1 Pp) und Europäer (22%, -1 Pp) meinen, das eigene Land könne aus eigener Kraft die negativen Auswirkungen der Globalisierung bewältigen.
- Nur 27% (-3 Pp) der Deutschen und 33% (+/-0 Pp) der Europäer glauben, dass ihr Land außerhalb der Europäischen Union bessere Zukunftschancen hätte.
- Allerdings stehen 51% der Deutschen (+2 Pp) und 45% (+1 Pp) der Europäer einer weiteren Integration der EU skeptisch gegenüber und würden es bevorzugen, wenn sich die Europäische Union eher in einen Staatenbund entwickeln würde.

Wirtschaftliches Wachstum als wichtigstes Ziel

Gegenwärtig ist nach Ansicht von 29% (+3 Pp) der Deutschen und 27% (+/-0 Pp) der Europäer insgesamt die Ankurbelung von wirtschaftlichem Wachstum innerhalb der EU das wichtigste Ziel.¹⁰ Ginge es nach den befragten Deutschen (27%, -1 Pp), sollte das Hauptziel der EU sollte jedoch darin bestehen, Frieden und Stabilität in Europa aufrecht zu erhalten. Europaweit finden die meisten der Befragten (26%, +1 Pp), dass die Europäische Union vor allem den Lebensstandard ihrer Bürger verbessern sollte.¹¹

Europa 2020¹²

¹⁰ QA20: Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das Hauptziel beim Aufbau Europa

¹¹ QA21: Und was sollte das Hauptziel beim Aufbau Europas sein?

¹² Vgl. z.B.: http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/priorities/index_de.htm

Europa 2020 ist die für das laufende Jahrzehnt angelegte Beschäftigungs- und Wachstumsstrategie der EU. Sie soll helfen, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen, aber auch die Grundlagen für ein längerfristig orientiertes Wachstum zu schaffen, das intelligent, nachhaltig und integrativ ist: intelligent – durch wirksamere Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation; nachhaltig – durch Förderung einer ressourcenschonenden und wettbewerbsfähigen Wirtschaft; integrativ – durch die vorrangige Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung von Armut. Kern der Strategie sind fünf Kernziele in den Bereichen Beschäftigung, Forschung, Bildung, Armutsbekämpfung und Klima/Energie.¹³

- 67% (+/-0 Pp) der Deutschen und 64% (+3 Pp) der Europäer finden die verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung und die Umsetzung von Erfindungen in Produkte eine wichtige Initiative der EU.
- 84% (+4 Pp) der Deutschen und 72% (+3 Pp) der Europäer halten die Erhöhung der Qualität und Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU für wichtig.
- 55% (+1 Pp) der Deutschen und 51% (+1 Pp) der Europäer sind für die Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch den Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU.
- 84% (+3 Pp) der Deutschen und 75% (+2 Pp) der Europäer unterstützen den Aufbau einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt.
- 70% (+1 Pp) der Deutschen und 73% (+3 Pp) der Europäer halten es für richtig, die Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten zu stärken.
- 84% (-1 Pp) der Deutschen und 80% (+/-0 Pp) der Europäer sind für eine Modernisierung des Arbeitsmarktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen.
- 85% (+4 Pp) der Deutschen und 81% (+3 Pp) der Europäer sind für die Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, um ihnen die Möglichkeit zu geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben.

Ziele der EU-2020-Strategie: Realistisch oder zu ambitioniert?

In der vorliegenden Studie wurden die Bürger danach gefragt, ob sie die Ziele der EU-Wachstumsstrategie bis 2020 für erreichbar und angemessen oder für zu ambitioniert halten.¹⁴

- Dass drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren bis 2020 einen Job haben sollen, halten 58% (-2 Pp) der Deutschen und ebenfalls 58% (-1 Pp) der Europäer für ein angemessenes Ziel.
- Die Europäische Union plant, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2020 jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen sollten. 59% (+1

¹³ QB1: Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die EU aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist.

¹⁴ QB2: Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der EU erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Pp) der Deutschen und 56% (+/-0 Pp) der Europäer halten dieses Ziel für richtig und erreichbar.

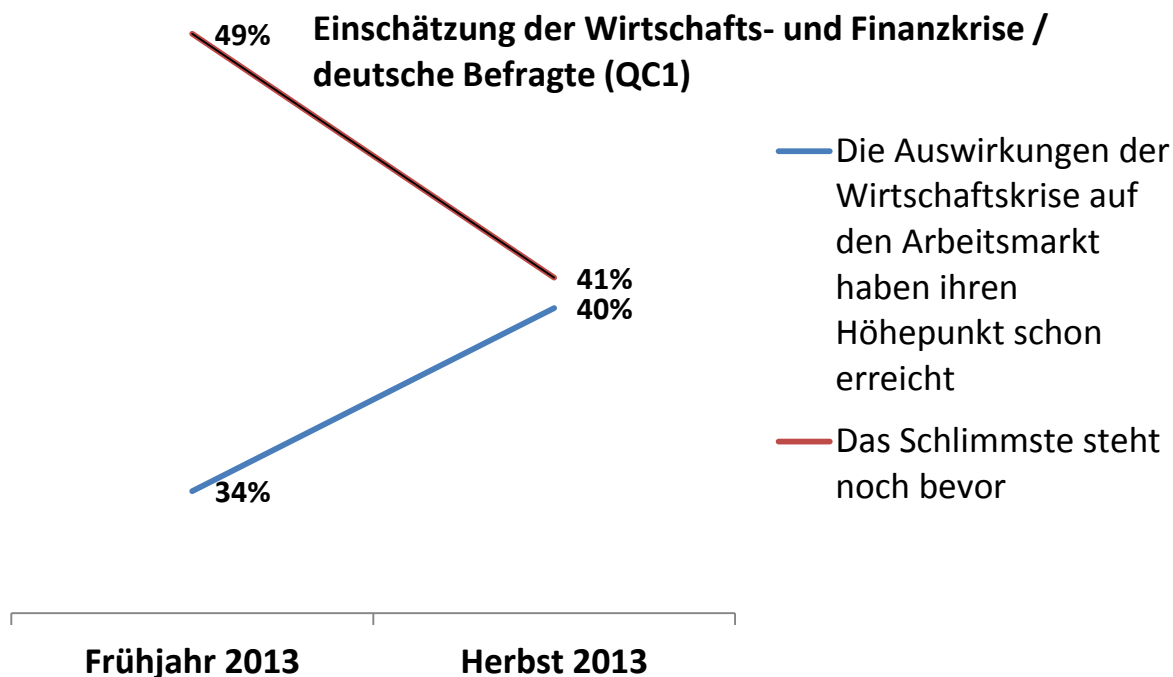
- Die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20% bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 ist ein weiteres Ziel, das die Europäische Union verfolgt. 50% (+1 Pp) der Deutschen und 54% (+/-0 Pp) der Europäer halten dieses Ziel für angemessen.
- Ebenfalls angemessen halten es 52% (-2 Pp) der Deutschen und 57% (+/-0 Pp) der Europäer, den Anteil erneuerbarer Energien in der EU um 20% bis 2020 an der gesamten Energieversorgung zu erhöhen.
- Dasselbe gilt auch für die Energieeffizienz. 54% (-1 Pp) der Deutschen und 60% (+1 Pp) der Europäer halten die Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20% bis 2020 für machbar und angemessen.
- Das Ziel der EU, den Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, auf 10% zu senken, halten allerdings nur 40% (-2 Pp) der befragten Deutschen für angemessen. 41% (+3 Pp) der Deutschen wünschen sich ehrgeizigere Ziele. Europaweit sind 50% (-1 Pp) mit diesem Ziel einverstanden.
- Dass mindestens 40% der Menschen zwischen 30 und 34 Jahren im Jahr 2020 ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben sollten, halten 63% (+/-0 Pp) der Deutschen für zu ambitioniert. Europaweit halten 48% (+1 Pp) der Befragten dieses Ziel für erreichbar.
- Dass die Zahl der Europäer, die unterhalb der Armutsgrenze leben, bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden soll, halten 44% (-1 Pp) der Deutschen und 48% (-1 Pp) der Europäer für ein angemessenes Ziel.

Danach gefragt, ob sie glauben, dass die Europäische Union zur Erreichung der eben genannten Ziele auf dem richtigen Weg ist, zeigen sich Deutsche wie Europäer insgesamt optimistisch. 50% (+1 Pp) der Deutschen und 43% (+1 Pp) der Europäer sind überzeugt, dass die EU alles in allem die richtigen Prioritäten setzt, um der Krise und kommenden globalen Herausforderungen zu begegnen.¹⁵

4. Wege aus der Krise: Die EU als Akteur in der Wirtschafts- und Finanzkrise

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist für die Europäische Union nach wie vor eine zentrale Herausforderung. Immer noch 59% (-8 Pp) der Deutschen und 65% (-7 Pp) der Europäer sehen die europäische Wirtschaft in einem schlechten Zustand.

¹⁵ QB3: Nachdem Sie nun die Prioritäten der EU kennen, sind Sie da der Meinung, dass sich die EU in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen?



Dabei ist eine relative Mehrheit der Deutschen (41%, -8 Pp) und die Hälfte aller Europäer (50%, -5 Pp) der Meinung, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Allerdings zeigen die Zahlen auch, dass immer mehr Deutsche (40%, +6 Pp) wie Europäer (40%, +4 Pp) glauben, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt schon erreicht haben.¹⁶

Effektivster Akteur im Kampf gegen die Krise: die EU

Gefragt, welchen Akteuren sie am ehesten effektive Maßnahmen zur Eindämmung der Wirtschafts- und Finanzkrise zutrauen, sprechen sich die befragten Deutschen zuerst für die Europäische Union aus (24%, +1 Pp), dann folgt die Bundesregierung (21%, +1 Pp), dann die G20 (17%, +/- Pp) und der Internationale Währungsfond (IWF) mit 14% (-1 Pp). Europaweit stehen EU (22%, +/- Pp) und nationale Regierungen gleichauf, gefolgt vom IWF (13%, +/- Pp) und den G20 (12%, -1 Pp).¹⁷

Konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise

Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Im vorliegenden Eurobarometer wurden die Bürger danach gefragt, für wie wirksam sie die einzelnen Maßnahmen halten.¹⁸

¹⁶ QC1: Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

¹⁷ QC3a: Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen?

¹⁸ QC5: Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen für wie wirksam Sie sie halten.

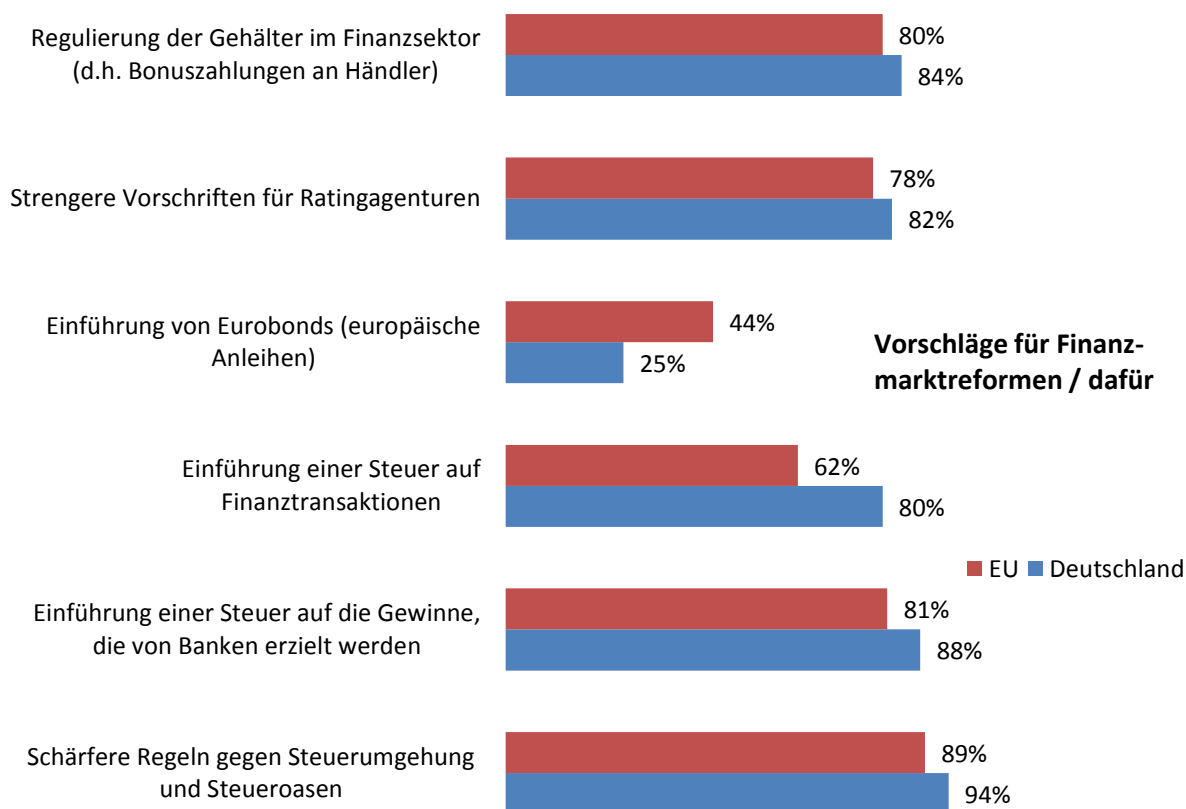
- 76% (+1 Pp) der Deutschen und 70% (-1 Pp) der Europäer sind dafür, die Rolle der EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen zu stärken.
- Eine stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen allen EU- Mitgliedstaaten unterstützen 84% (+/-0 Pp) der Deutschen und 76% (+/-0 Pp) der Europäer.
- Ebenfalls 84% (+/-0 Pp) der Deutschen und 76% (+1 Pp) der Europäer halten eine stärkere Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den Ländern der Eurozone für eine geeignete Maßnahme, um die Krise zu überwinden.
- 51% (-1 Pp) der Deutschen und 52% (+1 Pp) der Europäer könnten sich einen Finanzminister für die EU vorstellen. Eine absolute Mehrheit gegen eine solche Maßnahme gibt es übrigens mit 53% (-8 Pp) nur in Schweden.
- 59% (+/-0 Pp) der Deutschen und 58% (+/-0 Pp) der Europäer würden in einer Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU eine geeignete Disziplinierungsmaßnahme sehen.
- Eine verantwortungsvollere Steuerung des Euro würden 80% (+2 Pp) der Deutschen und 75% (+1 Pp) der Europäer als sinnvoll erachten.
- Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen halten 54% (-5 Pp) der Deutschen und 63% (+1 Pp) der Europäer für ein probates Mittel, die Verschuldung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union unter Kontrolle zu bringen. Diese Meinung vertreten auch die Staaten Europas, die derzeit am stärksten von den Sparmaßnahmen zur Bewältigung der Krise betroffen sind: Auch in Griechenland (54%, -5 Pp), Spanien (73%, +4 Pp), Italien (70%, +/-0 Pp) und Portugal (71%, +4 Pp) ist jeweils eine Mehrheit der Befragten der Meinung, dass die EU finanzielle Solidität notfalls über Geldbußen erreichen sollte.
- Eine zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene halten schließlich 83% (+/-0 Pp) der Deutschen und 70% (-1 Pp) der Europäer für eine effektive Krisenstrategie.

Reform des globalen Finanzsystems

Ein zentraler Baustein in der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Reform des globalen Finanzsystems.¹⁹ Für den vorliegenden Bericht wurden die Bürger nach ihrer Einschätzung zu unterschiedlichen möglichen Strategien der Europäischen Union befragt.

- Schärfere Regeln gegen Steuerumgehung und Steueroasen halten 94% (+/-0 Pp) der Deutschen und 89% (+/-0 Pp) der Europäer für ein geeignetes Instrument. Diese große Zustimmung zeigen auch die Befragten in Großbritannien (87%, +/-0 Pp) und Luxemburg (79%, -3 Pp),
- Die Einführung einer Steuer auf die Gewinne, die von Banken erzielt werden, halten 88% (+2 Pp) der Deutschen und 81% (+/-0 Pp) der Europäer für gerechtfertigt.

¹⁹ QC6: Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.



- Seit vielen Jahren wird über die Einführung einer Steuer auf Devisentransaktionen diskutiert. 80% (-2 Pp) der Deutschen und 62% (-2 Pp) der Europäer können sich mittlerweile die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen vorstellen.
- Das Auflegen gemeinsamer Anleihen der EU-Länder, sogenannte Eurobonds findet in Deutschland nur wenige Anhänger. Nur 25% (-1 Pp) der Deutschen möchte zusammen mit den anderen Mitgliedstaaten der EU solche Wertpapiere ausgeben, während dies europaweit eine relative Mehrheit von 44% (+/-0 Pp) durchaus als eine interessante Option ansieht.
- Strengere Vorschriften für Ratingagenturen können sich die Deutschen (82%, +/-0 Pp) dagegen genauso gut vorstellen wie die Europäer (78%, +/-0 Pp) insgesamt.
- Häufig wird das Vergütungssystem in der Finanzindustrie als ein möglicher Auslöser für zu riskante und zu wenig nachhaltige, risikoreiche Investitionen angesehen. Eine Regulierung der Gehälter im Finanzsektor (z.B. über verbindliche Obergrenzen für Bonuszahlungen an Banker) sehen deshalb auch 82% (+/-0 Pp) der Deutschen und 78% (+/-0 Pp) der Europäer als eine geeignete Maßnahme.

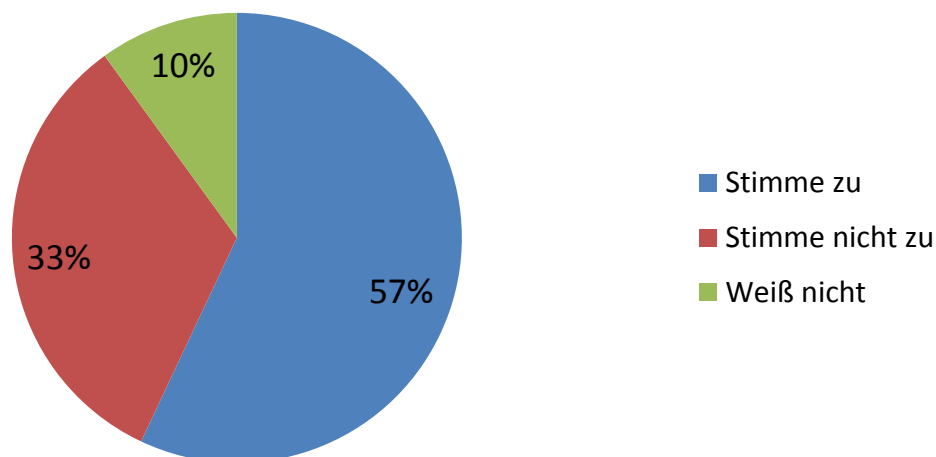
Zukunftsoptimismus bei Deutschen und Europäern

Allgemein schätzen die Befragten Deutschen wie Europäer die Lage pragmatisch, aber optimistisch ein. Das, was die Europäische Union im Kern ausmacht, nämlich die Kooperation der Mitgliedstaaten und die fortwährende Bereitschaft zu Wandel und Reformen, wird nach Ansicht der Befragten auch der Weg aus der Krise sein.²⁰

²⁰ QC4: Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

- 86% (-1 Pp) der Deutschen glauben, dass Deutschland trotz der derzeit guten Konjunktur weitere Reformen braucht, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Europaweit sehen 88% (-1 Pp) der Befragten dies für ihr eigenes Land genauso.

**QC4.6: Die EU wird infolge der Krise langfristig stärker sein
(Deutschland) (QC4.6)**



- Der Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise liegt für die Deutschen (93%, +/-0 Pp) und Europäer (90%, +/-0 Pp) eindeutig in verstärkter Kooperation. Die EU-Mitgliedstaaten sollten bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise stärker zusammenarbeiten, findet die überwältigende Mehrheit der Befragten. Die Länder der EU werden infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen, finden 90% (-1 Pp) der Deutschen und 83% (-1 Pp) der Europäer.
- Die EU hat genügend Macht und Mittel, um die wirtschaftlichen Interessen Europas in der Weltwirtschaft zu verteidigen, finden 64% (-1 Pp) der Deutschen und 61% (+1 Pp) der Europäer.
- Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat zu einer neuen Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union geführt. Viele Europäer haben entdeckt, dass es sie ganz direkt angeht, was auf europäischer Ebene entschieden wird. Eine Mehrheit der Befragten in Europa und Deutschland sehen diesen Diskussions- und Reformprozess offenbar positiv. 57% (+2 Pp) der Deutschen und 54% (+1 Pp) der Europäer sind der Meinung, dass die EU infolge der Krise langfristig stärker sein wird als zuvor.
- Trotz der Krise fühlen sich die Deutschen (54%, -3 Pp) wie auch die Europäer insgesamt (53%, +1 Pp) den Bürgern in anderen europäischen Ländern nicht stärker verbunden.